

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### des Abgeordneten Björn Eggert (SPD)

vom 19. August 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. August 2014) und **Antwort**

#### Beschwerden wegen Kinderlärms im Bezirk Mitte

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Mitte von Berlin um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend zu den Fragen 1 bis 6 wiedergegeben.

Frage 1: Wie viele Beschwerden über Lärmbelästigung durch Einrichtungen der Jugendhilfe, Kitas, Sportplätze, Grünflächen wie Spielplätze oder Bolzplätze und ähnliche gab es in den letzten zwei Jahren im Bezirk Mitte?

Antwort zu 1: Der Bezirk Mitte führt dazu aus:

„Es kommt immer wieder vor, dass an unsere Verwaltung Beschwerden aus dem (insbesondere Wohn-) Umfeld von Schulen und Sportstätten gerichtet werden; diese Anliegen beziehen sich auch auf „Lärm“ aus der schulischen oder sonstigen Nutzung der Anlagen, insbesondere zu Nutzungszeiten in Abendstunden oder an Wochenenden.

Mangels statistischer Erfassung unserer Bearbeitungen kann davon ausgegangen werden, dass auch einige (wenige) Beschwerden im Laufe der vergangenen zwei Jahre erfolgt sind.

Ein etwaiger Einzelbezug zum Anlass dieser Anfrage ist uns nicht bekannt.“

Frage 2: Wie viele Beschwerden mündeten in ein gerichtliches Verfahren?

Antwort zu 2: Keine.

Frage 3: Mussten daraufhin vorgenannte Einrichtungen geschlossen werden?

Antwort zu 3: Entfällt.

Frage 4: Wenn ja, welche?

Antwort zu 4: Entfällt.

Frage 5: Kam es für die vorgenannten Einrichtungen zu Einschränkungen?

Antwort zu 5: Der Bezirk Mitte führt dazu aus:

„Nein, es war ausreichend, Hintergrund oder Anlass der Beschwerde zu prüfen, ggf. die örtlichen Einrichtungen oder Nutzungsverantwortliche über die Hintergründe des Anliegens zu informieren, auf die Einhaltung von Nutzungs- und/oder zeitlichen Vereinbarung hinzuweisen, auch allgemein zum „nachbarschaftlichen Auskommen“ anzuhalten.

Die Darlegung unseres Nachgangs mit sinngemäßer Benennung des Tätigwerdens sowie Hinweise auf gesetzliche Vorgaben zur Anlagennutzung einschließlich Verdeutlichung des „gesellschaftlichen Nutzungsanliegens“ waren zur Klärung gegenüber Beschwerdeführern ausreichend.

Sofern die Lärmentwicklung im Einzelfall ihre Ursache in der baulichen oder technischen Ausstattung der Anlage selbst hat, waren/sind wir, in Abhängigkeit der Finanzierbarkeit, um Abhilfe bemüht.“

Frage 6: Wenn ja, für welche und zu welchen?

Antwort zu 6: Entfällt.

Frage 7: Welche Maßnahmen plant der Senat, um Schließungen oder Einschränkungen für die unter 1. genannten Einrichtungen zu verhindern?

Antwort zu 7: Aus den Antworten des Bezirks wird deutlich, dass Konflikte im Zusammenhang mit Geräuschimmissionen, die durch Kinder und Jugendliche verursacht werden, mit Hilfe der bestehenden rechtlichen Instrumente im Einzelfall gelöst werden können. Ähnliche Erfahrungen werden auch aus anderen Bezirken berichtet. Im Bedarfsfall sind daher kooperative Einzelfalllösungen möglich, die zu einem Interessenausgleich führen und im Regelfall eine gerichtliche Auseinandersetzung vermeiden. Gerichtliche Verfahren, die Geräuschimmissionen von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zum Gegenstand haben, werden in Berlin daher nur in Einzelfällen geführt.

Hinzuweisen ist darauf, dass insbesondere die gesetzlichen Regelungen in § 6 Abs. 1 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin und in § 22 Abs. 1a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Bezug auf Geräuschimmissionen, die von Kindern verursacht werden, sowie Nummer 6 der Ausführungsvorschriften zum Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin in Bezug auf Bolzplätze, Kunsteisbahnen, Skateboardanlagen und ähnlich genutzte Plätze ausreichend Handhabe bieten, um den zuständigen Behörden einzelfallgerechte Lösungen zu ermöglichen, die sowohl den Interessen der Kinder und Jugendlichen als auch den Ruheschutzinteressen der Nachbarinnen und Nachbarn der oben genannten Einrichtungen gerecht werden.

Berlin, den 03. September 2014

In Vertretung

Christian Gaebler

.....  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Sep. 2014)